

9000 Ost-Zuwanderer im Oldenburger Land erwartet

Mayer: Freizügigkeit bedeutet nicht, hier auf Kosten der Sozialhilfe zu leben/ Das ist auch nach dem 1.1.2014 illegal

Cloppenburg-Stapelfeld (mt) Etwa 18000 Menschen aus Rumänien und Bulgarien werden nach dem 1. Januar 2014 in Niedersachsen erwartet, 9000 davon im Oldenburger Land. Was sagt der Europaabgeordnete der Region, Prof. Dr. Hans-Peter Mayer dazu? Mit dem Europapolitiker sprach Dietmar Kattinger.

Ab dem 1. Januar 2014 gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bürger aus Rumänien und Bulgarien. Wie wird sich der Zuzug weiterentwickeln?

Immer hatte die EU-Erweiterung eine Migrations-Welle zur Folge. Auch als Spanien und Portugal hinzukamen, gab es diese Bewegung. Verständlicherweise erkannten die Menschen, dass sie in anderen Ländern mehr Geld bekommen und bessere Arbeitsbedingungen antreffen. Beziehungsweise fanden sie dort über-

haupt Arbeit, die sie zu Hause nicht hatten. Dann sind sie eben mit Recht und mit dem Willen der Europäischen Union in andere Länder gegangen. Daher wird es mit der Freizügigkeit Rumäniens und Bulgariens ähnlich sein. Dieses Verhalten ist typisch. Das hat es immer schon so gegeben.

Rechnen Sie mit einem Migrationshype, der Deutschland, speziell Niedersachsen überfordern wird?

Es gibt ja keine Grenzkontrollen, wo man die Leute zählen könnte, sondern die Grenzkontrollen sind ja bewusst abgeschafft. Das heißt, jeder kann hin- und herreisen, wie er will, so dass es sehr schwer ist, eine konkrete Zahl zu nennen oder konkrete Voraussagen zu machen. In meinen Augen ist es sicher, dass aus diesen beiden Ländern, in denen ja die Löhne doch noch extrem niedrig sind, die

Wohnungsbedingungen nicht so angenehm wie bei uns sind und auch die rechtliche Situation sehr zu wünschen übrig lässt, dass aus diesen Ländern erst mal viele

INTERVIEW



Prof. Hans Mayer

Menschen ihr Heil und ihr Glück in anderen Mitgliedsstaaten suchen. Wobei natürlich auch gesagt werden muss: Deutschland ist das größte Land mit den besten wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wir sind durchaus in der Lage, Menschen aufzunehmen, wenn sie ar-

beiten wollen. Von Überforderung würde ich daher nicht sprechen. Allerdings: Freizügigkeit bedeutet nicht, dass Menschen kommen, um auf Kosten der Sozialhilfe zu leben! Das ist auch nach dem 1.1.2014 illegal.

10 Prozent der Schüler einer Schule spricht kein Wort Deutsch. Was raten Sie dem Bürgermeister, was raten Sie dem Schulleiter?

Wenn Kinder die Sprache des Landes, in dem sie sich aufhalten, nicht sprechen, muss man dafür sorgen, dass sie diese lernen. Die Eltern müssen sie dazu anhalten und selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Rechtlich ist das allerdings nicht Sache Europas, sondern Deutschlands beziehungsweise Sache Niedersachsens oder des Landkreises oder der Kommune. Da könnte von den betroffenen Kommunen durchaus eine

Initiative zum Land Niedersachsen ausgehen, mit der Bitte, dass weitere konkrete Programme aufgelegt werden, um dieses zunehmende Problem zu lösen.

Viele Probleme. Warum schlägt Ihr Herz trotzdem für Europa?

Weil wir es immer gewollt haben: Wir wollen Frieden, Freiheit und die Freizügigkeit. Wir wollen, dass Menschen aus Rumänien hierher kommen können. Unser Land kann dadurch neue Impulse bekommen. Umgekehrt können die Länder Osteuropas mit unseren Arbeitnehmern, Unternehmen und Technologien ihr Wissen erweitern und ihre Länder voranbringen. Damit bringen sie Europa insgesamt vorwärts. Der Austausch, das ist gelebtes Europa. Das wollen wir nicht nur bei Studenten und Schülern, bei Lehrern und Professoren, sondern auch bei Arbeitnehmern.